Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 43. Steinheim, Donnerstag, den 14. April 1921. 28. Jahrgang.

Amerika und Deutschland.

Richtlinien der amerikanischen Politik.

Von maßgebenden Stellen in Washington wird bekanntgegeben, daß die Politik der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber folgende Richtlinien einhalten werde:

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, um Deutschland dazu zu bewegen, innerhalb seiner Fähigkeit Geldzahlungen zu leisten und für die Schäden aufzukommen, die der Krieg Belgien und Frankreich zugefügt hat.

Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Berechtigung (!) der französischen Sanktionen gegen Deutschland anerkennt, so glaubt sie doch, daß Deutschland nicht ausgebeutet werden sollte, sondern daß Frankreich seine Hilfe zur Entwickelung der deutschen industriellen Hilfsquellen leihen sollte, womit ein Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt getan würde.

Die Vereinigten Staaten würden alle aggressiven Maßnahmen, die nur den Imperialismus begünstigen und wahrscheinlich dauernden Rassenhaß sowie internationale Streitigkeiten zur Folge haben würden, als unratsam verwerfen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt voller Beunruhigung die derzeitigen Nachwehen des Krieges, aus denen sich unzweifelhaft die Tatsache ergibt, daß im Augenblick nirgendwo in der ganzen Welt ein unparteiischer Gerichtshof besteht, dem die strittigen Probleme zum Zweck eines Schiedsspruches unterbreitet werden könnten.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, irgendwelche Rechte aufzugeben, die ihnen als einflußreichen Teilnehmer am Weltkriege und als Teilhaber an dem erfolgreichen Ausgange des Kampfes zustehen.

*

Vivianis Propagandareise hat also nicht den Erfolg gehabt, den sie haben sollte, nämlich die Washingtoner Regierung wieder in das Schlepptau der Entente zu bringen. Die Washingtoner Erklärung macht nur das eine Zugeständnis an Viviani, daß sie die Berechtigung der „Sanktionen" anerkennt. Das ist aber wohl mehr als höfliche Floskel zu betrachten, denn gleich darauf wendet sich die Erklärung in aller Schärfe gegen jeden Imperialismus. Aber man soll auch diesen Phrasen nicht allzu viel trauen, gerade wir Deutschen haben wohl Grund genug, in solchen Dingen mißtrauisch zu sein. Das positiv Wichtigste in der ganzen Erklärung ist sicherlich wohl der Wunsch nach einem unparteiischen Weltschiedsgerichtshof. Ein solches Schiedsgericht, vor dem jeder, auch der Schwächste gegen den Mächtigsten sein Recht erhalten kann, fehlt uns heute mehr denn je. Aber ob dieser Gerichtshof jemals Wirklichkeit werden wird?

Der 1. Mai.

Nach Artikel 233 des Friedensvertrages hat die Reparationskommission am 1. Mai 1921 die Höhe der von ihr festgestellten von Deutschland zu leistenden Entschädigungssumme und den von ihr festgesetzten Zahlungsmodus bekannt zu geben. Man hatte ja schließlich in Ententekreisen selbst eingesehen, daß es auf diese im Friedensvertrag festgesetzte Weise nimmermehr möglich ist, eine solche Summe zu bestimmen, die Deutschland auch tatsächlich zu leisten vermag. Man begann einzusehen, daß der geeignetste Weg zu einer wirklich möglichen Lösung des Reparationsproblems eine Verständigung mit Deutschland sei. Aus dieser Erkenntnis heraus kam man zu den Konferenzen von Spa und London. Doch man ging diesen Weg der Vernunft nicht konsequent bis zum Ende, die französischen Starrköpfe verhinderten es und kamen immer wieder auf die unselige Diktatpolitik zurück. So brachten sie schließlich die Verhandlungen zum Scheitern.

Jetzt hat wieder die Reparationskommission das Wort. Sie soll uns am 1. Mai eine Summe mitteilen, die wir zahlen sollen; sie wird diese Summe natürlich ganz einseitig festsetzen, ohne Rücksicht darauf, ob wir sie überhaupt zahlen können. Und wenn Deutschland diese Summe nicht zahlt, dann ....

Ja, dann soll es losgehen. Dann wird Frankreich die Sache in die Hand nehmen. Seit Wochen schon lebt ganz Frankreich in einem wilden chauvinistischen Taumel. Jetzt sieht man den ersehnten Augenblick nahen, da die Truppen der „grande nation" das reiche Ruhrgebiet besetzen werden. Das ist ja das Ziel, auf das Frankreichs Politik hinarbeitet, und jetzt sieht es seine Erfüllung in nächster Nähe. Man spricht in Frankreich ganz unverblümt davon, daß mit dem ersten Mai neue „Sanktionen" in Kraft treten werden, denn man erwartet es als ganz selbstverständlich, daß Deutschland die Forderungen der Alliierten nicht erfüllen wird. Man bereitet bewußt unerfüllbare Forderungen dazu vor, ja man erklärt sogar, daß neue deutsche Angebote zwecklos seien, denn sie würden sich ja doch weit unter dem halten, was die Alliierten fordern. Frankreich will eben nicht den friedlichen Weg, es will Gewaltpolitik, weil es dadurch mehr zu erreichen hofft.

Und Frankreich ist nun einmal, wie Dr. Simons in seiner Unterredung mit dem „Matin"-Korrespondenten Sauerwein richtig sagte, in der Reparationsfrage die beherrschende Macht unter den Alliierten. England, die eigentliche Hauptmacht der Entente, hat andere Interessen, es hat Deutschland den Franzosen gewissermaßen als Köder vorgeworfen, mit dem sich diese beschäftigen sollen und dadurch keine Zeit bekommen sollen, sich anderswo in die Interessen Englands einzumischen. England läßt also den Franzosen Deutschland gegenüber fast völlig freie Hand. Nur ab und zu setzt es ihnen einen Dämpfer auf, weil es andererseits kein Interesse hat, daß Frankreich zu große Macht in Mitteleuropa bekommt. So hört man auch jetzt wieder ernst mahnende Stimmen aus London, die sich gegen die französische Gewaltpolitik wenden. Die britische Regierung könne nicht verstehen, so schreibt der „Observer", wie die Franzosen hofften, die Bezahlung der deutschen Entschädigung in 20 oder 50 Jahren durch einen Vormarsch nach Berlin zu sichern.

Deutlich charakterisiert das Blatt die Verschiedenheiten der französischen und der englischen Interessen folgendermaßen: Frankreich wolle Geld, England aber wolle Handel, und die englischen Bedürfnisse seien vitaler als die französischen, solange britische Märkte in Europa den Engländern verschlossen seien. Infolge des Bestehens der Franzosen auf militärischen Zwangsmaßnahmen und der daraus folgenden Verwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen könne England niemals mit seiner Wiederherstellung beginnen.

Es ist also immerhin noch möglich, daß England die Franzosen noch im letzten Augenblick von ihren Gewaltabsichten abhält. Aber allzu große Hoffnungen dürfen wir darauf nicht setzen. Bisher war Deutschland immer der Leidtragende bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England, auch bei Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage. Solche englischen Dämpfer auf französischen Uebermut hatten bisher meist den Erfolg gehabt, daß sich England mit ihrer Hilfe von Frankreich auf anderen Gebieten, die ihm wichtiger sind, Konzessionen erpreßte und schließlich die Franzosen Deutschland gegenüber gewähren ließ. Der erste Mai wird daher für Deutschland ein Schicksalstag sein wie kaum einer zuvor. Jetzt erst werden wir Deutschlands Niederlage in ihrer ganzen Schwere zu spüren bekommen, wir sind wehrlos unseren ärgsten Feinden ausgeliefert. Jetzt heißt es, die Zähne zusammenbeißen, denn lange vermag Frankreich diese Gewaltpolitik nicht durchzuhalten. M.

Zum Tode der Kaiserin.

Seele und Natur hatten in gleicher Weise die letzte Hohenzollernkaiserin geschmückt, um sie dem deutschen Volke nahe zu bringen, das sie auch heute, unter den Stürmen der Revolutionszeit, nicht vergessen hat. Auguste Viktoria, das Kind des meerumschlungenen Schleswig-Holstein, ist ein schuldloses Opfer dieser schweren Zeit geworden, und es gibt wohl keine deutsche Frau, die dieser Dulderin die Teilnahme versagte. Von einem Throne herabzusteigen, wenn feindliche Gewalten übermächtig geworden sind, und sich zu einem tragischen Verhängnis ausgestalten, ist für große Charaktere nicht unerträglich; aber wochenlang in gleicher Seelenruhe dem Tode ins Auge zu schauen, bis sich die ewige Ruhe auf den müden Körper niedersenkt, das ist ein hartes Los. Wahrlich, die Kaiserin Auguste Viktoria hat es in ihrem Leiden verdient, daß sich an ihr das Wort der Schrift erfüllt, das ihr zu ihrem Konfirmationstage zuteil wurde: „Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben!"

Es war ein hohes, schlankes, blondes und blauäugiges Mädchenbild, das am 2. Juni 1880 am Arme des alten Kaiser Wilhelm, des Großvaters ihres Bräutigams, den Saal von Schloß Babelsberg bei Potsdam betrat, in dem ihre feierliche Verlobung mit dem künftigen Erben der deutschen Kaiserkrone feierlich proklamiert wurde. Der damalige Prinz Wilhelm von Preußen hatte seine spätere Braut im Sommer 1879 im gotischen Schlosse Reinhardsbrunn in Thüringen kennen gelernt und sich im Herbst in Primkenau, dem Wohnsitz ihrer Eltern, des Herzogs Friedrich und der Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein-Augustenburg, ihr Jawort geholt. Die heitere und lebensfrohe Prinzessin hat ihrem jungen Gemahl die glücklichsten Jahre in Potsdam bereitet, wohin sie nach der Hochzeit am 27. Februar 1881 übersiedelten. Einfach im Elternhaus, dessen Mittel beschränkt waren, erzogen, wirkte sie im gleichen Sinne auch auf ihren Haushalt im Marmorpalais in Potsdam ein. Die Freude der Prinzessin waren ihre Kinder, denen sie sich wie eine schlichte bürgerliche Mutter widmete und die ihr Herz ausfüllten. Ihr Gemahl hat es selbst lächelnd erzählt: „Wenn ich meine Frau sehe, hängen immer ein paar Jungen an ihren Kleidern!" Sechs Söhnen und einer Tochter ist Auguste Viktoria die treueste Mutter gewesen und geblieben, als auch sie ihren eigenen Hausstand gegründet hatten. Für den einfachen Sinn der Kaiserin spricht es, daß sie es nach der Thronbesteigung ablehnte, „Augusta" genannt zu werden, sondern bei ihrem Taufnamen Auguste beharrte.

Das Leid ist auch in den Jahren der Würde als Kaiserin nicht an ihrer Pforte vorbeigeschritten, es hat auch für sie durchwachte Nächte gegeben. Tätigkeit der Liebe hat die hohe Frau nie ermüdet, und in der Tat, nicht in Reden hat sie ihre Aufgaben als Lebensgefährtin ihres Gemahls erblickt. Durch Beispiel und Vorbild hat sie gewirkt, sie hat Familienleben und Kinderpflege aus der eigenen Ehe gründlich gekannt. Sie konnte auch mit vielen Frauen aus dem Volke über das sprechen, was jeder Mutter das Herz erfüllte. Die Säuglingspflege hat sie vor allem mit ihrer Sorgfalt bedacht, Tausenden von deutschen Kindern ist durch ihr Walten das Aufwachsen zur lebensfrohen Kindheit erleichtert. Ein mildes Herz ließ sie Fragen der Religion gleichbedeutend mit denen der Liebe erscheinen, und Glanz und Prunk machten nicht ihr Leben aus. Sie stand zur Seite des Kaisers auf vielen Reisen und Festen, aber ihre Natur war nicht die, zu blenden, sondern zu beglücken.

Die Gesundheit der scheinbar so rüstigen Frau war schon verhältnismäßig früh durch das Herzleiden angegriffen, und die Schrecken der Kriegsjahre, Kummer im eigenen Hause haben es verschärft. So ist Auguste Viktoria zu ihrem Gemahl in fremdes Land gezogen, um ihm dort zur Seite zu stehen, obwohl sie mit allen Fasern ihres Herzens an der deutschen Heimat hing. Eine deutsche Frau und eine deutsche Mutter, die eigenes Leid trug, um dem Glück anderer zu dienen. Ihr Andenken wird in Ehren bleiben, denn die Werke der Nächstenliebe, die sie geschaffen, werden sie überleben!

Danzigs Versklavung.

Die „freie" Stadt Danzig polnisches Wirtschaftsgebiet.

Das habgierige Polen versucht sich immer mehr der ihm zu seinem größten Leidwesen im Friedensvertrag nicht zugestandenen deutschen Stadt Danzig, dem alten Ziel deutscher Wünsche, zu bemächtigen. Nach Artikel 104 des Friedensvertrages ist Danzig in das polnische Zollgebiet aufzunehmen. Daraus haben die Polen die Folgerung gezogen, daß Danzig ganz in das polnische Wirtschaftsgebiet aufzunehmen sei. Danzig dagegen steht auf dem Standpunkt, daß es seine Ein- und Ausfuhr selbständig regeln kann.

Zur Beseitigung dieser Differenzen haben nun zwischen Danzig und Polen Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden, die jetzt, wie gemeldet wird, zu einer grundsätzlichen Einigung geführt haben.

In dieser Einigung ist die Einbeziehung des Gebietes der Freien Stadt Danzig in die polnischen Wirtschaftsgrenzen zugestanden worden. Die Durchführung soll aber stufenweise geschehen; Danzig erhält das Recht, bei Ein- und Ausfuhrfragen mitzubestimmen, so daß erreicht werden kann, daß nicht alle polnischen Gesetze auf Danzig angewendet werden. Die erzielte Einigung hat bewirkt, daß die vor einigen Wochen abgebrochenen Verhandlungen der Unterkommission sofort wieder aufgenommen werden.

Ob dieser Einigung die Danziger ganz freiwillig zugestimmt haben?

*

Danzig und Polens Anteil an der Vorkriegsschuld des Reiches.

Ueber den Anteil an den Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches, den Danzig und Polen für die früheren deutschen Gebiete zu übernehmen haben, haben in diesen Tagen Verhandlungen vor der Reparationskommission stattgefunden. An diesen Verhandlungen, die jetzt vorläufig beendet sind, nahmen als Vertreter Danzigs Senatspräsident Sahm, als Vertreter Deutschlands Legationsrat v. Oertzen und als Vertreter Polens Bevollmächtigter Mresowsky teil. Die Verhandlungen haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Ueber die Verteilung der deutschen Vorkriegsschulden will die Reparationskommission das einschlägige Zahlenmaterial einfordern und prüfen.

Ueber die Verteilung des früheren Reichs- und preußischen Staatsgutes in Danzig konnte eine Einigung der Beteiligten über Grundlagen und Einzelfragen nicht erzielt werden. Der Ausschuß schließt sich dem Danziger Vorschlag an, unter Hinzuziehung des vorhandenen Aktenmaterials der deutschen Regierung an Ort und Stelle durch eine Unterkommission eingehende Erhebungen vornehmen zu lassen. Diese Kommission, die aus je einem Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens besteht, wird ihre Tätigkeit in Danzig wahrscheinlich Mitte Mai beginnen. Bis diese Erhebungen abgeschlossen sind, sind die Verhandlungen vertagt worden. Vor Ablauf von zwei Monaten werden sie also wohl kaum wieder aufgenommen werden.

Um die Entschädigung.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

In Paris ist jetzt die Wiederherstellungskommission eifrig daran, die endgültige Entschädigungssumme, die sie von Deutschland fordern will, festzusetzen. Bis Dienstag wurden hierzu die in Paris anwesenden deutschen Sachverständigen „vernommen". Diese haben zu allen Fragen, die bisher besprochen wurden, wie Wiederaufbau, Pensionen, Zuwendungen, Seekriegsschäden usw. starke Einwendungen geltend gemacht. Natürlich erfolglos, denn die Reparationskommission entscheidet, die Deutschen haben nur auf die Fragen zu antworten, die ihnen vorgelegt werden.

Die Kommission ihrerseits hat bisher nur zwei Beschlüsse betr. Pensionen und Zulagen gefaßt. Sie will von jetzt ab, wenn irgend möglich, täglich je einen Beschluß fassen. Ferner hat sie entschieden, die nach dem 12. Februar eingelaufenen Anträge der Alliierten, die sie als zu spät eingelaufen angenommen hatte und die von den alliierten Regierungen der deutschen Delegation direkt zugestellt worden waren, abzulehnen.

Der deutschen Delegation ist es freigestellt, dem Reparationsausschuß fernerhin ergänzende Bemerkungen zuzustellen, soweit sie es für nötig hält. Auch behält es sich der Reparationsausschuß vor, die Sachverständigen erneut zu vernehmen, falls ihm eine Ergänzung und Vervollständigung ihrer Dokumentierung geboten erscheint. Schließlich wird gemäß den Satzungen des Versailler Vertrages am 30. April der Betrag, den Deutschland zu zahlen haben wird, sowie die Höhe der von Deutschland zu leistenden Jahreszahlungen bekannt gegeben.

Aus Stadt und Land.

** **Trauerfeier in Doorn.** Ueber die letzten Augenblicke der Kaiserin berichtet der „Tag": Der Kaiser und Prinz Adalbert waren die einzigen Mitglieder der Familie, die mit dem Leibarzt Dr. Haehner bei dem Ableben der Kaiserin zugegen waren. Durch das Läuten der Glocken wurde der Bevölkerung der Tod der Kaiserin verkündet. Bei dem Trauergottesdienst in Haus Doorn amtierten Oberhofprediger Exz. Dr. Dryander und zwei holländische Geistliche, Pfarrer Wijs aus Haarlem und Pfarrer Lodder aus Doorn. Der Generalsekretär der Königin von Holland Dr. Karn begab sich im Auftrage der holländischen Regierung nach Doorn. Die holländische Presse widmet der verstorbenen Kaiserin rückhaltlos sympathische Gedanken. Auch die britische Presse gedenkt der Toten in ehrerbietigem und vornehmem Tone. In Deutschland ist die Trauer allgemein. Selbst die schärfsten Gegner des Kaisers lassen seiner verstorbenen Gemahlin Gerechtigkeit widerfahren. Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und andere nationale Organisationen erlassen Trauerkundgebungen, in denen sie ihre Mitglieder bitten, bis zum Tage der Beisetzung alle gesellschaftlichen Veranstaltungen, laute Vergnügungen und Festlichkeiten zu vermeiden und Trauerabzeichen anzulegen. Am Sonntag werden im ganzen Reiche Trauerfeiern stattfinden.

** **Drohender Landarbeiterstreik in Sachsen.** In Sachsen droht wegen Lohnforderungen ein Ausstand der Landarbeiter, die eine 15- bis 20prozentige Erhöhung ihrer Löhne fordern. Die Entscheidung wird in den nächsten Tagen fallen. — Der demokratische Oberbürgermeister von Nordhausen Contag, der mehrheitssozialistische Landrat des Kreises Nordhausen Voß und der mehrheitssozialistische Landtagsabgeordnete Lagmeyer haben sich nach Berlin begeben, um von der Regierung die Entfernung des Sondergerichts aus Nordhausen zu erwirken, mit der Begründung, daß bei Fortdauer des Sondergerichts in Nordhausen Unruhen ausbrechen könnten. Die Regierung entschied, daß das Sondergericht in Nordhausen tagen werde, daß es aber entfernt werden würde, wenn Unruhen ausbrächen. Der Magistrat sollte auf die Einsicht der Bevölkerung vertrauen. Von den maßgebenden Instanzen müsse versucht werden, Unruhen in Nordhausen nicht aufkommen zu lassen. — Die Polizei verhaftete den Gemeindevorsteher von Gröbers Sei ewig, und seine Frau, weil sie sich an den Kämpfen bei Gröbers beteiligt hatten.

** **Massenaussperrungen in der Zigarettenindustrie.** Die sächsische Zigarettenindustrie hat beschlossen, ihre Betriebe zu schließen. In Dresden, der Zentrale der deutschen Zigarettenindustrie, wurden am Dienstag etwa 13 000 Arbeiter ausgesperrt. Der Grund für die scharfen Maßnahmen liegt darin, daß die etwa 600 Maschinenführer Forderungen auf eine wöchentliche Zulage von 75 Mark erheben. Die Unternehmer wollen aber nur eine Erhöhung um 50 Mark zugestehen. Zugleich mit den Maschinenführern hatten die anderen in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter Forderungen eingereicht, über die man sich geeinigt hat. Da ohne die Maschinenführer keine Zigaretten hergestellt werden können, hat ihr Streik die Betriebsstillegung zur Folge. Zu dem Konflikt hat auch beigetragen, daß die Berliner Maschinenführer im Durchschnitt 200—250 Mark mehr verdienen, als die Dresdener, obwohl die Dresdener täglich 10 000—12 000 Zigaretten mehr liefern. Allerdings sollen in Berlin die Löhne um 50 v. H. abgebaut werden. Dazu kommt, daß in Dresden meist Massenware hergestellt wird, in Berlin aber nur teure Zigaretten. Wahrscheinlich wird sich der gesamte Reichsarbeitgeberverband der Zigarettenindustrie dem Vorgehen der Dresdener Industrie anschließen, zumal auch in anderen Städten die Maschinenführer ähnliche Forderungen erheben. In München sind sie bereits in den Streik eingetreten.

** **Der Titel „Frau" in Sachsen.** Das sächsische Staatsministerium erklärt, daß von der Behörde künftig nicht mehr zu beanstanden sei, wenn ledige weibliche Personen vom Eintritt ihrer Großjährigkeit ab den Behörden gegenüber die Bezeichnung „Frau" führen, sofern nicht die offenbare Absicht der Täuschung über ihren früheren Stand vorliegt. Die Verordnung des Ministers vom 7. 11. 1916, nach der nur Bräuten gefallener Kriegsteilnehmer auf Ansuchen die Bewilligung zur Führung der Bezeichnung „Frau" erteilt werden konnte, wird dadurch aufgehoben.

** **Großfeuer in Rostock.** Dienstag morgen geriet die sogenannte Rostocker Oelmühle der Firma Metzmacher u. Co. in der Grubenstraße in Brand. Das Feuer fand in den Vorräten an Kraftfutter und Oelkuchen reiche Nahrung. Die Oelmühle ist vollständig niedergebrannt. Auch die benachbarten Gebäude sind in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist bisher nichts bekannt geworden.

** **Dynamitfund bei Wiesbaden.** In der Nähe des Jagdschlosses Platte wurde ein Zentner Dynamit gefunden. Im Zusammenhang damit fanden Haussuchungen bei Kommunisten statt. Aus beschlagnahmten Schriftstücken geht hervor, daß das Gerichtsgebäude des französischen Militärgerichts in die Luft gesprengt werden sollte.

** **Gefährliche Schlagwetterexplosion bei Bochum.** Auf der Zeche „Konstantin", Schacht 6 und 7, hat sich Dienstag vormittag 11 Uhr eine Schlagwetterexplosion ereignet, die nach den Umständen zu schließen einen größeren Umfang angenommen hat. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Einzelheiten fehlen zurzeit noch.

** **Gewaltige Moorbrände in Holland.** In der holländischen Provinz Drenthe haben gewaltige Moorbrände ungeheuren Schaden angerichtet. In einem Dorfe wurden hundert Häuser ein Raub der Flammen. Man vermutet Brandstiftung. Fünf Personen sind verhaftet. Das Rote Kreuz ist zur Hilfe herbeigerufen. In anderen Moorgebieten wurden Anschläge an den Häusern gefunden, worin die Arbeiter aufgefordert werden, möglichst viele Brände anzustiften. Auch in anderen Gegenden Hollands sind Moorbrände entstanden, dort aber infolge der Trockenheit durch Unachtsamkeit. Der Schaden beziffert sich auf viele hunderttausend Gulden.

Letzte Nachrichten.

Wichtige Beratungen in Berlin.

Nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichsministers des Aeußeren fand am Dienstag nachmittag 5 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts statt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in diesen Tagen wichtige, vielleicht für die Zukunft Deutschlands und ganz Europas bedeutungsvolle Beratungen des Reichskabinetts beginnen werden, um in der Entschädigungsfrage endlich über den toten Punkt hinwegzukommen und den guten Willen Deutschlands, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, von neuem unmißverständlich zu bekunden. Diese Beratungen werden sich unmittelbar an den Bericht des Reichsaußenministers über die Absichten anschließen, die ihm bei seinem Berner Interview mit dem „Matin"-Vertreter Sauerwein vorgeschwebt haben. Dr. Simons wird bald auch Gelegenheit haben, im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages sich darüber zu äußern, in welcher Richtung die neuen Vorschläge gemacht werden sollen, die dieses Interview ankündigt.

Vorläufig herrscht über diese Absicht noch Unklarheit. Der Minister scheint das Bestreben zu haben, neue Verhandlungsgrundlagen zu finden, wie er sie schon in dem Memorandum an den Berliner amerikanischen Vertreter Dresel angedeutet hat. Man erwartet in Berliner Regierungskreisen, daß die Kongreßbotschaft Hardings wichtige Mitteilungen über die Haltung der Vereinigten Staaten zu dieser Verhandlungsgrundlage enthalten wird. Andererseits wird auch von einer Verschmelzung neuer Wiederaufbauvorschläge mit neuen finanziellen Vorschlägen gesprochen.

Zu dem Interview mit dem Vertreter des „Matin" läßt Minister Simons erklären, daß der einzelne Wortlaut der Unterredung nicht nachgeprüft worden sei und daß er infolgedessen auf einzelne Wendungen in der Wiedergabe nicht festgelegt werden könne. Das treffe besonders zu auf den teilweise konstruierten Gegensatz zwischen ihm und dem übrigen Kabinett. Seine Erklärung habe nur gelautet, daß der Grundsatz seiner Politik der sei, nur in einem Kabinett zu bleiben, das in der Frage der Erfüllung des Friedensvertrages und der damit übernommenen Verpflichtung seiner Auffassung sei.

:: **Die Bemühungen des Ministerpräsidenten Stegerwald,** ein Koalitionskabinett von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei zustande zu bringen, können als gescheitert angesehen werden. Die Sozialdemokraten wollen nicht nur das Ministerium des Innern behalten, auch die des Kultus und der Landwirtschaft. Dagegen wendet sich die Deutsche Volkspartei unbedingt, und auch das Zentrum will nicht die beiden letzten Ministerien von Sozial-

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

So fand den Mitte April die öffentliche Verhandlung statt. Der kleine Raum der Zuhörer in der Strafkammer war kaum von einem Dutzend Personen gewohnheitsmäßiger Gerichtsbesucher aus den niederen Ständen besetzt. Von den Vertretern der Presse war nur ein einziger zugegen.

Die Angeklagten: Kammerdiener Johann Hotte (31 Jahre alt), Kolporteur Fritz Wildicke (33 Jahre), Kammerjungfer Bertha Schmider (26 Jahre), Rose Moockel, ohne Geschäft (23 Jahre) und Kommissionär Eduard Freeder (58 Jahre) wurden eingeführt und nahmen hinter dem vergitterten Raume Platz. Die feindlichen Parteien warfen sich grollende Blicke zu. Jeder der Angeklagten hielt seine Partie für rettungslos verloren, und ein jeder war bestrebt, dem anderen die Hauptschuld aufzulasten.

Die Verteidiger hatten sich gesetzt, der Gerichtshof war eingetreten, der Gerichtsschreiber verlas die sehr umfangreiche Anklageschrift.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hillstädt, verhörte die Angeklagten in scharfer und knapper Weise und fuhr ihnen bei jedem Versuche, von der Sache abzuweichen und durch Ungehörigkeiten die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und zu verwirren, energisch über den Mund. Weder die Vertreter der Anklage, noch die Verteidiger sahen sich veranlaßt, den Herrn Vorsitzenden zu bitten, besondere Fragen an die Angeschuldigten zu stellen. Das Verhör nahm auf diese Weise verhältnismäßig nur geringe Zeit in Anspruch.

Der Gräfin Juliane und ihren Begleitern: dem Präsidenten und Geheimrat Dr. Lohausen, hatte der Vorsitzende sein Zimmer zur Verfügung gestellt. Dieselbe Begünstigung hatte er auch dem Fürsten von Engernheim eingeräumt. Der Fürst hatte indessen von diesem gütigen Anerbieten keinen Gebrauch gemacht und war scheigsam auf dem Korridor auf und abgegangen.

Er grüßte tief, als die Gräfin, auf den Arm ihres Mannes gestützt und von ihrem Arzte gefolgt, an ihm vorüberging und in die vom Nuntius geöffnete Tür des Verhandlungsraumes eintrat. Es durchschauerte ihn eisig.

Es war das erste Wiedersehen!

Was war aus der armen Juliane geworden! Aus diesem lebensfrischen, übermütigen, beweglichen Wesen mit den glühenden Augen und den unbändigen tiefschwarzen Haaren! Sie war vollkommen ergraut, ihre Gesichtsfarbe war fahl, ihr Auge erloschen, und träge, schwerfällig und matt schleppte sie sich daher. Eine Greisin von fünfundzwanzig Jahren!

Auch auf die Herren vom Gericht machte das Erscheinen der unglücklichen Frau einen tiefen Eindruck und selbst Bertha bedeckte jetzt ihre Augen und schluchzte heftig.

Der Vorsitzende ließ die Stühle vorrücken und bat die Frau Zeugin mit ausdrucksvoller, milder Stimme, sich zu setzen, da sie sich offenbar noch sehr angegriffen fühle. Er ermächtigte Seine Exzellenz den Herrn Grafen Iseneck und den Hausarzt, neben der Frau Gräfin Platz zu nehmen.

Langsam und ziemlich leise sagte der Vorsitzende, nachdem er die Personalien erledigt hatte und der Eid geleistet worden war: „Ich werde mich bemühen, das Verhör auf das Wesentliche zu beschränken. Das Tatsächliche ist durch die Untersuchung und die Geständnisse der Angeklagten in allem Wichtigen festgestellt worden. Die Frau Zeugin wird nur zu erklären haben, ob diese Feststellungen, soweit sie ihre Person betreffen, zutreffend sind. In der Nacht vom 21. zum 22. Dezember ist der in Ihrem Toilettenzimmer befindliche Schrank erbrochen worden, es sind daraus Gegenstände von bedeutendem Wert gestohlen worden. Sie befanden sich im Nebenzimmer, dem sogenannten Parkzimmer. Sie hatten das Zimmer vorher verlassen, um sich aus der Hausapotheke im Nebengemache, dem Schlafzimmer Ihres Herrn Gemahls, ein Brausepulver zu holen. Das ist richtig?"

„Jawohl, Herr Präsident."

„Plötzlich hörten Sie den Hund in Ihrem Toilettenzimmer anschlagen. Sie geboten ihm Ruhe. Das Tier, das Ihnen sonst unbedingt gehorchte, war aber schwer zu beruhigen. Sie mußten ihm wiederholt zurufen. Dann vernahmen Sie ein unheimliches Geräusch. Sie schlossen mit Recht auf Diebe. Sie öffneten leise die Tür zum Toilettenzimmer, aus dem das Geräusch kam, und riefen den Hund zu Ihrem Schutze herbei. Sie haben bei der Gelegenheit nicht gesehen, was im Toilettenzimmer vorging?"

„Nein, Herr Präsident, ich stand hinter dem Türflügel."

„Sehr wohl. Dann haben Sie alle Türen verriegelt. In Ihrer sehr begreiflichen Aufregung wird es Ihnen kaum möglich sein, bestimmt anzugeben, in welcher Reihenfolge Sie die Verriegelung der verschiedenen Türen vorgenommen haben. Jedenfalls sind Sie wieder ins Nebengemach getreten, diesmal von Ihrem Hunde begleitet?"

„Jawohl, Herr Präsident."

„Damit wäre also die Möglichkeit, daß einer der Verbrecher aus dem Toilettenzimmer durch das Parkzimmer in den Park unbemerkt habe entwischen können, festgestellt," fügte der Vorsitzende, sich an seine Beisitzer wendend, hinzu. „Schließlich haben Sie, Frau Zeugin, durch den Druck auf die elektrische Klingel die Dienerschaft herbeigerufen, die Polizei holen lassen, und von diesem Augenblicke an mit der Sache selbst nichts mehr zu schaffen gehabt? Damit wären die Fragen, die ich an die Frau Zeugin zu stellen hätte, erschöpft. Von seiten der Staatsanwaltschaft wird keine weitere Frage beantragt? der Herren Verteidiger? der Angeklagten? . . ."

Bertha wollte sich erheben. Der Verteidiger, der sie scharf im Auge behalten hatte, beugte sich zu ihr und rief ihr in befehlendem Tone zu: „Setzen Sie sich!" Bertha warf einen Blick auf die Gräfin, die Tränen traten ihr wieder in die Augen, und sie gehorchte schluchzend.

„Dann glaube ich die Frau Zeugin entlassen zu dürfen."

Die Richter, der Staatsanwalt und die Verteidiger machten zustimmende Bewegungen.

„Frau Zeugin, Sie sind entlassen."

Der Graf verneigte sich dankend gegen die Herren, die den Gruß höflich erwiderten. Er bot seiner Frau den Arm. Juliane hatte das kurze Verhör so furchtbar angegriffen, daß sie in halb ohnmächtigem Zustande vom Grafen und vom Arzte aus dem Verhandlungsraum fast getragen werden mußte. Im Zimmer des Präsidenten kam sie erst allmählich wieder so weit zu Kräften, daß sie bis zu ihrem Wagen gebracht werden konnte, der die Unglückliche langsam dem Palais zuführte.

Die Aussagen der übrigen Zeugen waren, bis auf Heydels Angabe über die Begegnung der beiden Hauptschuldigen in der Gollnowstraße, ohne Belang.

Als letzter Zeuge wurde Se. Durchlaucht Fürst Ulrich von Engernheim-Kypstein vernommen.

Nachdem er den vorschriftsmäßigen Eid geleistet hatte und vom Präsidenten, wie das Gesetz es vorschrieb, darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er Aussagen, die ihn selbst belasten würden, zu verweigern berechtigt sei, erklärte er, daß er von dieser Berechtigung keinen Gebrauch zu machen habe.

„Der Zeuge ist auf ausdrückliches Verlangen des Hotte und der Bertha Schmider geladen worden. Ich vermag mir aus den Akten und aus dem Ergebnis der Verhandlungen nicht klar zu machen, was mit dieser Vorladung eigentlich bezweckt wird, und ich möchte den Herrn Verteidiger ersuchen, sich mir gegenüber über diesen Punkt zu äußern."

„Meine Klienten," nahm der Verteidiger das Wort, „scheinen Wert auf die Feststellung der Tatsache zu legen, daß das Isenecksche Palais in der Nacht des Einbruchs auch von anderen habe betreten werden können. Ich meinerseits würde diesem Umstande angesichts der erwiesenen und zugestandenen Tatsachen keine Wichtigkeit beilegen können und würde auf die Aussagen des Herrn Zeugen verzichten dürfen, ohne dadurch meine Klienten zu benachteiligen."

Jetzt erhob sich Bertha.

demokraten besetzt wissen. Stegerwald wird sich jetzt also bemühen, ein Geschäftsministerium zu bilden, dessen politische Mitglieder der alten Koalition angehören, dessen Fachminister der Deutschen Volkspartei nahe stehen sollen. Doch auch bei diesem Versuch begegnet er großen Schwierigkeiten, doch hofft er sie überwinden zu können. Es wird übrigens entgegen immer wiederkehrenden Behauptungen sozialdemokratischer Blätter sowohl von der Zentrumspartei, wie von Minister Stegerwald selbst erklärt, daß er sein Amt, ohne sich auf irgend eine Bedingung festzulegen, übernommen hat.

Im Zusammenhang mit der preußischen Regierungskrise wird auch von einer Regierungskrise im Reich gefabelt, und zwar soll die Stellung des Ministers Simons wegen seiner Unterredung mit Sauerwein erschüttert sein. Doch sind diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen, da feststeht, daß der französische Journalist verschiedene Aeußerungen des deutschen Ministers entstellt wiedergegeben hat.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Die Washingtoner Regierung veröffentlicht eine Erklärung, worin sie zwar die Berechtigung der „Sanktionen" anerkennt, aber jede Gewaltpolitik verwirft.

— In englischen Regierungskreisen wird die Streiklage, nachdem am Montag die Verhandlungen mit den Bergarbeitern begonnen haben, sehr optimistisch beurteilt.

— Zwischen Danzig und Polen ist eine Vereinbarung zustandegekommen, nach der Danzig mit gewissen Einschränkungen in das polnische Wirtschaftsgebiet einbezogen wird.

— Die deutschen Delegierten der Reparationskommission haben eine Denkschrift überreicht, in der eine Herabsetzung des monatlichen Lieferungsquantums an Kohle verlangt wird.

— Zu dem Tode der Kaiserin finden in ganz Deutschland Trauerkundgebungen statt.

— Im französischen Kammerausschuß stimmten von 44 Mitgliedern nur 3 für die Ausfuhrabgabe, in Italien ist sie infolge der Kammerauflösung ganz unmöglich geworden.

Stegerwald als Nothelfer.

Anfang vom Ende der Preußenkrisis.

!! „Die Deutschen an die Front!" hieß es während der Boxerkämpfe in China.

„Das Zentrum an die Front!" heißt es in unseren einheimischen Regierungskrisen.

So im vorigen Jahre bei der Neubildung des Reichskabinetts nach dem verzwickten Ergebnis der Neuwahlen im Reiche. Der Zentrumsführer Trimborn mußte den Wagen zurechtzimmern, und sein Parteigenosse Fehrenbach mußte sich auf den Kutschbock setzen, um die schwierige Fahrt zu riskieren.

Jetzt wiederholt sich dasselbe Spiel im Staate Preußen. Die Neuwahlen zum Landtag ließen die bisherige Regierung zu schwach erscheinen, boten aber für eine neue Regierung keine klare Grundlage und Richtschnur. Es wurde u[illegible]den Parteien verhandelt. Als nun endlich die Al[illegible]timmung im Landtage nicht länger verschoben werde[illegible] konnte, da sahen die Mehrheitssozialisten und die [illegible]rgerlichen kein anderes Hilfsmittel mehr, als das Ze[illegible]trum an die Front zu schicken, und man wählte den [illegible]sherigen Wohlfahrtsminister Stegerwald zum M[illegible]isterpräsidenten.

Sehr ehrenvoll für [illegible]ie Zentrumspartei, die wieder einmal anerkannt wir[illegible] als das wirkliche Zentrum, dem maßgebenden Mittel[illegible]unkt der Volksvertretung! Sehr ehrenvoll auch für den [illegible]ackeren Nög. Stegerwald, der zum höchsten Amt im Lande Preußen mit einer bisher unerhörten Mehrheit gewählt worden ist. 322 von 388 Stimmen vereinigten sich auf ihn. Das halbe Hundert, das sich absondert, fällt zur Hälfte auf die allzeit verneinenden Linksradikalen, zur anderen Hälfte auf eigensinnige oder unklare Köpfe, die in jedem Parlament sich vorfinden, aber an sich nicht gefährlich sind. Sogar die Deutschnationalen haben, wenigstens in ihrer großen Mehrheit, für Stegerwald gestimmt, obschon sie sonst gern in der Opposition bleiben und obschon Stegerwald als alter Führer und eifriger Vorkämpfer der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung manchem konservativen Herrn zu sozialistisch erscheinen konnte.

Ja, die 322 Stimmen für Stegerwald sind eine großartige Errungenschaft. Es fragt sich nur, ob es ein Augenblickserfolg ist oder ob die Eintracht standhält, wenn Stegerwald an die Arbeit gegangen ist und mit bestimmten Anträgen an den Landtag herantritt.

Mit der Würde ist eine schwere Bürde, mit der Ehre eine große Last und Verantwortlichkeit verknüpft. Herr Stegerwald ist zum Ministerpräsidenten gewählt, aber er wird erst Ministerpräsident sein, wenn er ein neues Ministerium gebildet hat, das auf die Unterstützung des Landtages rechnen kann. Seine saure Arbeit fängt jetzt erst an, und zwar unter sehr verfahrenen Verhältnissen.

Hätte man ihn sofort bei Zusammentritt des neuen Landtages gewählt, so wäre seine Aufgabe etwas leichter gewesen. Denn inzwischen haben sich durch die vergeblichen Verhandlungen zwischen den Fraktionen die persönlichen und sachlichen Hemmnisse der Verständigung leider nicht abgeschliffen, sondern vielmehr verschärft.

Kein Wunder, daß Herr Stegerwald sich gegen die ihm zugedachte Ehre lange gesträubt hat. Umso mehr Anerkennung verdient es, daß er schließlich doch in die Bresche gesprungen ist, weil er sah, daß keine andere Persönlichkeit für den notwendigen Versuch zu finden war.

Er muß nun nicht bloß mit der Diogenes-Laterne nach fähigen und willigen Ministern suchen, sondern auch erst das Fundament für ein politisches Ministerium schaffen, nämlich die Koalition schaffen, die eine solche Regierung dauernd stützt. Die Bildung der Koalition war schon im Reiche voriges Jahr sehr schwer; in Preußen ist sie noch schwieriger, weil die Sozialdemokratie dort, wo sie bisher die Vorherrschaft hatte, nicht so resigniert gestimmt ist, wie voriges Jahr bei der Umbildung der Reichspolitik.

Herr Stegerwald muß die Mehrheitssozialisten und die Deutsche Volkspartei zu jener Arbeitsgemeinschaft bewegen, die in den letzten Wochen von den beiden Parteien verweigert wurde. Gelingt ihm das nicht, so bleibt nur der Ausweg eines Geschäftsministeriums, das sich ohne eine regelrechte parteipolitische Koalition die nötige parlamentarische Mehrheit sucht, so lange es sie zu finden vermag. In beiden Fällen aber, sowohl für ein politisches, als für ein geschäftliches Ministerium, muß Herr Stegerwald mit seinen Gehilfen ein Arbeitsprogramm vereinbaren für die aktuellen Aufgaben der Gegenwart und der nächsten Zukunft.

„Darf ich eine Frage stellen, Herr Präsident?"

„Was wollen Sie?" fuhr sie der Vorsitzende ziemlich ungnädig an. „Aber bleiben Sie bei der Sache sonst entziehe ich Ihnen das Wort!"

„Ich sage nur, Durchlaucht ist dagewesen!" rief Bertha.

„Setzen Sie sich!" gebot ihr der Vorsitzende, und sich zum Fürsten wendend, fuhr er in artigem Tone fort: „Die Behauptungen der Schmider sind schon durch die Voruntersuchung nach unserer Ueberzeugung abgetan. Wir brauchen auf die Einzelheiten nicht mehr einzugehen. Der Herr Zeuge verharrt bei seinen früheren Aussagen?"

Ulrich verneigte sich zustimmend.

Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung wurde auch dieser Zeuge entlassen, der mit respektvollem Gruß den Saal verließ.

Der Staatsanwalt gab einen klaren, umfassenden Bericht der Vorgänge, wie sie sich nach den mannigfachen Erhebungen und Angaben der Beschuldigten selbst als tatsächlich darstellten. Er nahm an, daß der Einbruch von Hotte und Wildicke gemeinsam verübt sei. Wildicke sei durch den Park in die Wohnung gedrungen, während die Gräfin das Parkzimmer zum ersten Male verlassen, und daraus entschlüpft, als die Gräfin die Tür im Nebenzimmer verriegelt habe. In der Hast, mit der er den Rückzug bewerkstelligt, habe der Eindringling die gestohlenen Sachen nicht zusammenraffen können, er sei nach der Vorderseite des Hauses auf die Wilhelmstraße geeilt, und da habe ihm Hotte die Sachen durch das Fenster gereicht. Die Beteiligung der Bertha, die die Ausführung durch ihre genauen Mitteilungen erst ermöglicht habe, sei zweifellos, ebenso die Begünstigung durch Rose Moockel und die gewerbsmäßige Hehlerei des Eduard Freeder. In Anbetracht der Frechheit, mit der das Verbrechen begangen sei, des Vertrauensbruchs, dessen sich Hotte und die Schmider schuldig gemacht hätten, und des ungewöhnlich hohen Wertes der gestohlenen Objekte, der auf über einmalhunderttausend Mark angeschlagen werden müsse, fühle er sich verpflichtet, eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen zu beantragen.

Er fordere für Hotte und Wildicke die höchste zulässige Strafe: zehn Jahre Zuchthaus, für Freeder wegen gewerbsmäßiger Hehlerei fünfjährige Zuchthausstrafe, für Bertha Schmider als Mittäterin auf Grund des Paragraphen 47 drei Jahre Zuchthaus, für Rose Moockel als Begünstigerin sechs Monate Gefängnis.

Die Verteidiger bemühten sich redlich zu Gunsten ihrer Schutzbefohlenen, aber sie mußten das bestimmte Gefühl haben, daß sie ohne Aussicht auf rechten Erfolg kämpften. Sie befürworteten mit großer Beredsamkeit eine Verminderung der Strafen zu Gunsten der beiden Hauptschuldigen und für Bertha mildernde Umstände.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

(*) **Steinheim,** 14. April.

*— **Triduum zu Ehren des hl. Joseph.** Nunmehr sind 50 Jahre verflossen, seit Pius IX. den hl. Joseph zum besonderen Schutzpatron der katholischen Kirche erhoben hat. Aus Anlaß dieses Jubiläums hat der Hl. Vater in einem Motuproprio eine besondere Feier dieses Gedenktages in Form eines Triduums angeordnet. Das Schreiben des Hl. Vaters ist am vergangenen Sonntag in allen Kirchen unserer Diözese zur Verlesung gekommen. Nach bischöflicher Anordnung soll in unserer Diözese die Feier des Triduums am Freitag, Sonnabend und Sonntag je mit feierlichem Hochamt und längerer Aussetzung des allerheiligsten Sakramentes stattfinden. Mit der Feier ist unter den gewöhnlichen Bedingungen ein vollkommener Ablaß verbunden. Die Gläubigen werden ganz besonders zur Verehrung des hl. Joseph aufgefordert, um durch seine Fürbitte Gottes Schutz und Beistand für Kirche und Staat in den gegenwärtigen schweren Nöten zu erflehen.

*— **Erpentrup,** 12. April. Dieser Tage wurde in dem benachbarten Jagdbezirke Grevenhagen ein Keiler im Gewichte von 266 Pfund erlegt. Waidmannsheil!

*— **Bochum,** 12. April. Auf der vierten Sohle der Zeche „Konstantin" ereignete sich gegen 10 Uhr eine Explosion schlagender Wetter. Bis 1 Uhr mittags waren 15 Tote und 5 Schwerverletzte geborgen; in der Grube befinden sich noch einige Knappen.

*— **Bielefeld,** 12. April. Ein Trauergeläut für die verstorbene ehemalige Kaiserin Auguste Viktoria wurde in den evangelischen Kirchen Bielefelds geläutet.

*— **Kassel,** 12. April. Nach Unterschlagung von 250 000 Mark ist der Reisende einer Holzhandlung flüchtig geworden. Er hatte von seinem Prinzipal den Auftrag erhalten, obigen Betrag auf einer Bank einzuzahlen. Er suchte jedoch mit dem Gelde das Weite; Frau und Kinder ließ er hilflos zurück.

- - Eröffnungsfeier - -

der

Schützenhaus-Restauration

am Sonntag, den 17. April 1921

verbunden mit grossem

= Conzert =

und nachfolgendem

Ball

Anfang des Conzerts 3 Uhr von 6 Uhr ab Ball.

Die Musik wird ausgeführt von einem erstklassigen Streich-Orchester.

Es ladet ergebenst ein:

Alex Schäfer.

Evgl. gemsch. Chor!

Donnerstag den 14. April abends 8.30 Uhr

Gesangstunde

Vollzähliges Erscheinen ist dringend erforderlich.

Gut erhaltenes helles

Jackenkleid

Größe 44, billig abzugeben. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bekanntmachung!

Infolge der erhöhten Betriebskosten sind wir nicht mehr in der Lage, für den bisherigen Preis zu backen. Vom 15. April ab kostet:

1 Brot zu backen 90 Pfg.,
1 Brot zu backen und säuren 1 M.

Die Bäcker-Innung.

Wirf-Löffa entlaust restlos **Rodol** Tierkörper mit Ausnahme Ihrer Kleidung ist Ihr Freund.

In **Steinheim** bei: **Hermann Eichler.**

Statt Karten!

Johannes Neuhann
Agnes Neuhann
geb. Schröder

Vermählte

Steinheim i. Westf. 14. April 1921.

Bekanntmachung!

Anmeldungen für den Auftrieb von Rindern auf die Weiden im Steinheimer Holze werden am 18. und 19. dss. Mts. auf dem hiesigen Magistratsbüro entgegengenommen. Das Weidegeld beträgt für einjährige Rinder 120 Mark und für zweijährige Rinder 150 Mark; außerdem werden 7 Mark Wärtergeld für das Stück erhoben.

Steinheim, den 10. April 1921.

Der Magistrat.
J. V.: Reineke.

Christlicher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Steinheim.)

Am Sonnabend, den 16. April cr.

Abends um 8.30 Uhr

- Versammlung -

im Verbandslokal.

Wegen Besprechungen ist es unbedingt erforderlich pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Gottesdienstordnung

in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Triduum der Fünfzig-Jahrfeier der Verkündigung des hl. Josef als Schutzpatron der kath. Kirche.

Freitag und Sonnabend ist das Allerheiligste Sakrament vom Beginn der ersten hl. Messe (6.15 Uhr) bis zum Schluß der Schulmesse ausgesetzt.

An beiden Tagen ist um 7.15 Uhr ein feierliches Hochamt zu Ehren des hl. Josef mit Segen.

Freitag abend um 7.30 Uhr ist Andacht.

Brieftauben-Verein „Frohe Botschaft".

Am Donnerstag, den 14. April 1921
Abends 8.30 Uhr
im Vereinslokal (Bernhard Breker)

- Versammlung -

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über die am Sonntag den 17. April beginnenden Flüge.
2. Einsetzung der Tauben. 3. Einziehen der Beiträge.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Am Sonntag, den 17. April cr.
Vormittags um 11 Uhr
findet im Gasthof Höschen in Altenbeken eine

= Versammlung =

der christlich-sozialen Vereinigung des Kreises Höxter und Warburg statt. Es wird gebeten, daß die Wähler und Wählerinnen wegen der wichtigen Tagesordnung, die in Altenbeken bekannt gegeben wird, unter anderem Siedelungsfragen usw. vollzählig erscheinen zu wollen. Mehrere fremde Redner, darunter ein Abgeordneter, haben ihr Erscheinen zugesagt.

Der Vorstand.

Landwirtschaftl. Kreisverein Höxter.

Einladung

zu der am Sonntag, den 17. April 1921
nachmittags 4 Uhr
im Hotel „Wiener Hof" in Driburg stattfindenden

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Eingänge.
2. Vortrag des Herrn Dr. Sachweh-Münster über: „Seuchenhaftes Verfohlen und Unfruchtbarkeit bei Kühen und Stuten."
3. Verschiedenes.

(Um 1.30 Uhr findet ebendort eine Vertreterversammlung statt.)

Beverungen, den 12. April 1921.

Der Vorsitzende:
gez.: Röingh.

Bekanntmachung!

In letzter Zeit sind verschiedentlich Obstbäume an den Chausseen durch Bubenhand absichtlich verstümmelt worden. Wer der unterzeichneten Polizeiverwaltung derartige Angaben macht, daß der Täter gerichtlich belangt werden kann, erhält eine Belohnung von 300 Mark.

Steinheim, den 10. April 1921.

Die Polizei-Verwaltung:
J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Auf die Kreispolizei-Verordnung vom 24. 7. 1901, wonach der Huflattich, auch Pestwurzel genannt, zu vertilgen ist, wird hiermit nochmals hingewiesen.

Der Huflattich ist bis zum 20. April ds. Js. zu beseitigen andernfalls Bestrafung erfolgen muß.

Steinheim, den 10. April 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Billige, gut abgelagerte = = Zigarren = =

aus rein Uebersee-Tabaken hergestellt.

Um mein Zigarren-Lager zu verkleinern, biete ich an:

Zigarren, Stück	70 Pfg.,	100 Stück	nur	64	Mk.
„ „	75 „	100 „	„	68	„
„ „	80 „	100 „	„	72	„
„ „	90 „	100 „	„	80	„

Falls Zigarren nicht gefallen, tausche bereitwilligst um.

Fritz Evers. Steinheim.

Persil

wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel.
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Voll-Voile =
weiß, rosa, blau, bleu usw.
Dirndel-Stoffe =
Mousseline =
Satins hübsche Ausmusterung.
Größte Auswahl bei:
C. Schrader jun., Steinheim.

Suche für sofort jenen
Maschinenarbeiter
H. Hausmann, Steinheim.

Besonders preiswertes Angebot!!!

Nur solange der Vorrat reicht.

Rohnessel, gute Ware p. Mtr. 6,90 Mk.
Rohnessel, Ia Ware p. Mtr. 9,80 Mk.

Hemdentuche Qual.	III	p. Mtr.	7,50	Mk.
„	II	p. „	8,80	Mk.
„	I	p. „	11,—	Mk.

(Das Beste vom Besten).

Ia engl. Linon, feinfädige Ware
per Meter 12.— Mk.

Günstige Einkaufsgelegenheit für
= = Brautausstattungen. = =

S. Emmerich Wwe.

Freiwillige Feuerwehr.

Sonntag, den 17. April
Nachmittags um 4 Uhr
im Saale des Kameraden Hillebrandt:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1) Jahresbericht. 2) Rechnungslage.
3) Aufnahme neuer Mitglieder.
4) Neuwahl des Vorstandes. 5) Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen (Uniform) ersucht

Der Vorstand.

Für das Jahr 1921 sofort bestellen!

Kalk und Mergel

aus eigenen hessischen und westfälischen Werken.
Kalkvertrieb G. m. b. H., Fritzlar.

Christ. Borbonus

Architekt und Bauingenieur
Steinheim i. Westf.
Detmolderstrasse 333.
Anfertigung von:
Zeichnungen, statischen Berechnungen, Gutachten und Kostenanschlägen
für alle Bauwerke des Hoch- und Tiefbaues.
Spezialität: **Kleinsiedlungsbauten.**

Staubfreies Fußbodenöl

prima Qualität
empfiehlt sehr preiswert:
Anton Nöltker, Steinheim.
Werkstraße 12. Malermeister Marktstraße 12.

Steinheimer Lichtspiele.

Sonntag, den 17. April d. Js.
Das Porsische Drama

Vendetta

mit Pola Negri.

Neue Sendung:
Apfelsinen, Zitronen
Ringäpfel, Pflaumen
Apfelmus in Dosen,
Rübenkraut und Kunsthonig
Sauerkraut, Gurken,
empfiehlt:
F. Hillebrandt.

Asthma

kann **geheilt** werden. Sprechstunden in **Paderborn, Bahnhofstraße 7 hpt.** jeden **Donnerstag** von 9—1 Uhr.
Dr. med. Alberts
Spezialarzt, **Berlin SW. 11.**

Fette, gesunde
Schweine
erzielt man durch



Erhöht die Freßlust, verhindert Knochenweiche und heilt solche in wenigen Tagen
Hermann Eichler.

Der Streik in England.

Optimismus in England.

Am Montag haben unter dem Vorsitz Lloyd Georges die Besprechungen der Vertreter der streikenden Bergarbeiter und der Grubenbesitzer begonnen. Diese Tatsache wird in England allgemein sehr optimistisch beurteilt. Reuter will darin ein positives Anzeichen dafür sehen, daß der Streik sicherlich beigelegt wird.

Es kann, so schreibt das Reuterbüro weiter, vielleicht noch zeitweilige Rückschläge geben, der endgültige Ausgang wird jedoch in zuständigen Kreisen als außer Frage stehend angesehen. Das am Sonnabend zustande gekommene Kompromiß wurde im ganzen Lande mit großer Befriedigung begrüßt. Die Erklärung dafür liege in verschiedenen Ursachen. Die Weigerung, die Pumpen in den Bergwerken zu bedienen, haben den Bergarbeitern die Sympathien des Publikums entfremdet.

Ueberdies zeige sich wieder einmal eine Spaltung in den Reihen der Arbeiter, während die revolutionäre Sektion anscheinend glaubte, der Streik würde allgemein sein. Eisenbahner und Transportarbeiter hätten erkannt, daß nur die Hälfte der Mannschaften dem Streikruf folgen würden, und daß der Streik infolgedessen unvermeidlich fehlschlagen müßte.

Es seien auch deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Vorbereitungen der Regierung, insbesondere die Notstandsakte und die Zusammenziehung von Truppen und Schiffen sowie die außerordentlich günstige Aufnahme des Appells an die Freiwilligen beim Publikum die Streikhetzer stark beeinflußten und den Ausschlag gaben gegen Beibehaltung einer unnachgiebigen Haltung.

In Regierungskreisen sei man überzeugt, daß der Generalstreik, wenn er eingetreten wäre, nicht 48 Stunden gedauert haben würde, und daß niemand der Lebensnotwendigkeiten beraubt gewesen sein würde.

40 Bergwerke völlig überschwemmt.

Infolge der günstigeren Wendung im Bergarbeiterstreik, welche die Hoffnung zuläßt, daß ein Ausstand des Arbeiterdreiverbandes ausgeschlossen ist, wurde die für Montag angekündigte Debatte über die Einberufung der Reserven im Unterhaus vertagt. Minister Chamberlain teilte mit, daß etwa 40 Bergwerksschächte, in denen 16 000 Bergleute Beschäftigung finden konnten, vollständig überschwemmt sind.

Schwierige Verhandlungen.

Trotzdem sich zwar die Streiklage also etwas gebessert hat, so darf man sich doch nicht verhehlen, daß sich die Verhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern außergewöhnlich schwierig gestalten, weil die Regierung eine finanzielle Unterstützung der Bergwerke nicht gewähren will und höchstens eine Anleihe an die schwächeren Bergwerksunternehmungen gewähren würde, die Bergarbeiter andererseits auf keinerlei irgendwie gearteten Lohnabbau eingehen wollen.

---

‡ **Zuchthaus für Eisenbahnattentäter.** Das Sondergericht in Erfurt verhandelte Montag gegen die Urheber des Dynamitanschlages auf die Eisenbahnstrecke Erfurt—Gotha in der Nähe von Erfurt. Sämtliche Angeklagten bekannten sich als Anhänger der Kommunistischen Partei. Das Urteil lautete gegen den Zuschläger August Roellert auf sechs Jahre, den Schlosser Walther Jakobi fünf Jahre, den Arbeiter Karl Orphal sechs Jahre und den Schneider Wilhelm Böhlau sieben Jahre Zuchthaus sowie auf je zehn Jahre Ehrverlust.

Volkswirtschaftliches.

Ein „Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet. Um eine einheitliche Vertretung der Interessen der Industrie und des Handels des gesamten besetzten Gebietes zu gewährleisten, haben die sämtlichen Handelskammern des besetzten Gebietes, der Industrieausschuß des besetzten Gebietes, der Zentralverband des deutschen Großhandels, der Einzelhandelsverband für das besetzte Gebiet und der Einzelhandelsverband für Rheinland und Westfalen einen gemeinsamen „Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet" gebildet.